



Der Frauenrat unterstützt Kandidatinnen

Kommunalwahl

Frauen aller Listen stellen sich am Samstag, 27. April, auf verschiedenen Marktplätzen vor.

Aalen/Gmünd/Ellwangen. Unter dem Motto „Wer Frauen will, muss Frauen wählen“ bereitet der Kreisfrauenrat Ostalb derzeit in Aalen, Schwäbisch Gmünd und Ellwangen für Samstag 27. April, eine Aktion auf den Marktplätzen vor. Zwischen 8.30 und 12 Uhr werden die Kandidatinnen aller Listen für die Kommunalwahlen vor Ort sein, egal ob Ortschaftsrat, Gemeinderat oder Kreistag.

Wenn im Kreistag des Ostalbkreises nur 16,9 Prozent Frauen und im Durchschnitt in den Gemeinderäten 23,9 Prozent Frauen Mandate haben, dann zeigt das den Frauen und natürlich auch den Männern auf, dass ein Umdenken zu mehr partnerschaftlicher, gemeinsamer politischer Gremienarbeit für alle wichtig ist und Frauen auch gewählt werden sollen, von Frauen und Männern.

Unterstützung erfährt der Kreisfrauenrat für den Prozess des Umdenkens zu mehr Partnerschaft von Frauen und Männern in der Kommunalpolitik durch Landrat Pavel.

Frauen sind von vielen Themen besonders betroffen

Frauen, die aus ihrer Lebenswirklichkeit andere Schwerpunkte haben als Männer, sind für Kommunalparlamente wichtig. Themen wie öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Kindergärten/Kinderhort, Müll oder die tägliche Sorge um die Betreuung von Pflegenden (Eltern oder Behinderte), Fahrdienste, Schulwege, Freizeitaktivitäten und Ehrenamt, Wohnungsnot betreffen sehr stark Frauen. Besonders betroffen sind Frauen in ländlichen Regionen wie im Ostalbkreis.

Dem Kreisfrauenrat Ostalb ist es deshalb ein Anliegen, Frauen zu unterstützen, egal auf welchem Listenplatz sie stehen, denn sie sollen auch gewählt werden. Alle Frauen und Männer können dazu beitragen, dass es mehr Mandatsträgerinnen nach dem 26. Mai in den kommunalen Gremien des Kreises gibt.



Aalen

Vor nicht mal 14 Tagen war Kreisputzete. Gut 18 000 Menschen haben teilgenommen und entlang der Straßen und Flüsse, in den Wäldern und auf den Fluren tonnenweise Müll gesammelt. Bisweilen schaut es jetzt schon wieder so aus wie vor der Putze. Für Landrat Klaus Pavel steht deshalb fest: Die Bürger haben „die Schnauze voll“, sie erwarten ein Signal der Kreispolitik.

Das Signal kommt jetzt in Form der Initiative „Saubere Ostalb“. Landkreisverwaltung und GOA haben dazu ein Arbeitspapier entwickelt, dem der Kreistag am Dienstag grundsätzlich zugestimmt hat. Das ist geplant:

Öffentlichkeitsarbeit Bürger sollen durch Zeitungsanzeigen, Plakate, Radio- und Kinowerbung für das Problem der Vermüllung der Landschaft sensibilisiert werden. Das Thema Müllvermeidung soll wieder ins Be-

“ Wenn ein Platz sauber ist, ist die Hemmschwelle viel größer.“

Klaus Pavel

Landrat

wusstsein rücken. Landrat Pavel erinnerte an eine frühere Kampagne gegen Dosen.

Abfallkümmere Sie sollen fester Ansprechpartner für die Sauberkeit im öffentlichen Raum sein. Zu ihren Aufgaben gehört etwa die Beratung von Wohnbaunehmern in Müllfragen, aber auch die kurzfristige Entsorgung von wildem Müll. Die GOA soll insgesamt drei Abfallkümmere anstellen.

EHrenamtliche Müllpaten Immer mehr Bürgerinnen und Bürger werden selbst aktiv und sammeln den Müll auf, den andere hinterlassen. Die GOA will sie dabei künftig unterstützen, etwa durch die notwendige Ausstattung mit Müllsäcken, Handschuhen und Schutzkleidung. Eine kleine Aufwandsentschädigung soll auch möglich sein.

Glascontainer Städte und Gemeinden sollen die Standorte dahingehend überprüfen, ob eine soziale Kontrolle erfolgen kann und so das Ablegen von Müll erschwert wird.

Glascontainer Die GOA reinigt die Standorte einmal wöchentlich. Den darüber hinausgehenden Reinigungsbedarf erledigen die Bauhöfe der Städte und Gemeinden. Die Kosten übernimmt der Landkreis.

Unterflurcontainer für Altglas und Dosen Viele Städte setzen inzwischen auf Abfallbehälter, die ganz oder teilweise in den Boden



Vermüllter Glascontainer in Aalen. Landrat Klaus Pavel ist überzeugt: Ist ein Platz sauber, dann ist die Hemmschwelle größer, dort seinen Müll legal zu entsorgen.

Fotos: Oliver Giers



Beliebter Ablageplatz für wilden Müll: Wohnmobilstellplatz im Aalener Hirschbach.



Dauerärger: Verpackungsmüll eines Schnellimbiß auf Aalens Osterbucher Steige.

eingelassen sind. Zu sehen sind nur die Einwurfschächte an der Oberfläche. Ziel ist, in den kommenden drei Jahren 20 Unterflurcontainer anzuschaffen. Der

erste soll in Schwäbisch Gmünd eingerichtet werden. Die Stadt kommt für die Tiefbaurbeiten auf, die GOA für Ausstattung und Leerung. Landrat Pavel be-

zifferte die Kosten auf 20 000 bis 30 000 Euro pro Standort – ohne Tiefbau.

Aktkleiderstandorte Für die Reinigung sind die Bauhöfe zuständig. Dafür sollen Städte und Gemeinden in den Pachtverträgen mit den Anbietern eine Pauschale aufnehmen, die die Reinigungs kosten abdecken.

Müllsparsäcke Sie waren ursprünglich mal für kleine Haushalte gedacht, zum Beispiel für alleinstehende Menschen oder Paare ohne Kinder. Inzwischen nutzen laut Landrat 22 000 von rund 110 000 Ostalb-Haushalten die Müllsparsäcke – und sparen sich so eine Mülltonne. Jetzt soll geprüft werden, das Angebot auf Ein- bis Zweipersonenhaushalte zu begrenzen oder die Mindestabnahme auf neun Säcke zu erhöhen. Dazu müsste der Landkreis die Abfallwirtschaftssatzung anpassen.

Der Kreis beziffert die Kosten für die Kampagne auf 310 000 Euro jährlich. Allein rund 270 000 Euro entfallen auf die Abfallkümmere, 40 000 Euro für die Öffentlichkeitsarbeit. GOA und Landkreis übernehmen je 30 Prozent. Der Rest sollen Städte und Gemeinden nach Einwohnerzahl schultern.

Ausschuss berät jetzt die Details

Kritik an den Kosten

Aalen. Die Details der Kampagne „Saubere Ostalb“ sollen jetzt im zuständigen Kreistagsausschuss beraten werden. Das sicherte Landrat Klaus Pavel vor allem den Freien Wählern zu. Die Stärke der Initiative zwar grundsätzlich positiv gegenüber, sind aber skeptisch, was die Abfallkümmere betrifft. Das sagte Fraktionschef Peter Traub. Ähnlich erging es der CDU. Es sei ein wichtiges Anliegen, meinte Fraktionsvorsitzender Peter Seyfried, aber 310 000 Euro seien ein stattlicher Betrag

Für Thilo Rentschler (SPD) geht es darum, dem illegalen Müll endlich den Kampf anzusagen wie er sagte. Er war dafür, die Initiative mindestens drei oder besser fünf Jahre laufen zu lassen. Volker Grab (Grüne) freut die geplante Unterstützung des

Ehrenamts. Sein Fraktionskollege Walter Haveman forderte für die ehrenamtlichen Müllsammeler ein Konzept zum Umgang mit Konflikten, die er für unvermeidlich hält. Für Michael Lang (FDP) ist die illegale Müllentsorgung „asoziales Verhalten“.

Dr. Gunter Böhler (CDU) fehlt der ordnungspolitische Rahmen in der Kampagne. Sprich: Manche Müllsäcke ändern ihr Verhalten eben nur, wenn sie erwischen und bestraft werden. „Wir brauchen keine Müllsäcke“, entgegnete Landrat Pavel. „Doch, doch...“, schaltete es ihm da entgegen. Vor allem in der CDU-Fraktion sehen die ethische anders als Pavel. Das gewünschte Signal an die Bürger für eine große Kampagne bekam er dann doch – bei wenigen Enthaltnungen.

ZAHLDER TAGES

15,4

Prozent der Minderjährigen gehören nach einer Studie der DAK zur Gruppe der „Risiko-Gamer“ – das sind Menschen, die gefährdet sind, süchtig nach Computerspielen zu sein.

Wo man Hilfe bekommt, erfahren Sie in der Meldung „Hotline zur Computer-Spielsucht“.

Hotline zur Computerspiel-Sucht

Aalen. Computerspielen gehört heute fest zum Alltag der Kinder und Jugendlichen in Deutschland. Rund drei Millionen 12- bis 17-Jährige „zocken“ regelmäßig, 465 000 Jugendliche in Deutschland zeigen ein riskantes Spielverhalten. Laut der DAK-Studie gelten 15,4 Prozent der Minderjährigen als sogenannte Risikogamer. 3,3 Prozent erfüllen sogar die Kriterien einer Computerspielsuchtigkeit. Die Betroffenen fehlen häufiger in der Schule, haben oft emotionale Probleme und geben deutlich mehr Geld für Spiele aus. Ab wann wird Computerspielen

problematisch? Und wie lässt sich einer Abhängigkeit gegensteuern? Antworten auf diese und andere Fragen bekommen Eltern bei einer Telefon-Hotline. Experten der DAK beraten am Donnerstag, 11. April, zwischen 9 und 15 Uhr. Das Angebot unter der kostenlosen Rufnummer 0800 2 800 200 können Kunden aller Kassen nutzen. „Wir wollen unkomplizierte Hilfe und Beratung anbieten“, sagt Andre Rump von der DAK in Aalen.

Weitere Informationen zur Internetsucht bei Kindern gibt es unter www.computersuchthilfe.info.

Landkreis präsentiert sich im Forstwagen

Aalen. Am 10. Mai wird die Remstalgartenschau eröffnet. Der Landkreis beteiligt sich mit Ostalbgärtner. Dazu werden in allen fünf beteiligten Ostalbgärtner Forstwagen aufgestellt – als Treffpunkte, an denen auch Ostalb-gevestigt werden kann, wie Landrat Klaus Pavel sagt. Unter anderem kündigte er auch Waldaktionstage sowie eine Themenwoche Landwirtschaft an. Pavel hat dem Kreistag am Dienstag in Aalen einen Forstwagen präsentiert. Anschließend informierten die Bürgermeister des fünf Ratshäuser über das Programm vor Ort.



Landrat Klaus Pavel präsentierte dem Kreistag einen der fünf Forstwagen für die Remstalgartenschau. Foto: opo

Woanders gelten Freier als Verlierer

Gesellschaft Marietta Hageney informiert über das Ostalb-Bündnis gegen Menschenhandel und Prostitution.

Aalen. Prostitution und Menschenhandel gibt es überall auf der Welt. Auch auf der Ostalb. Dort hat sich im vergangenen Oktober auf Initiative der Soroptimistinnen ein Bündnis gebildet, das in Aalen inzwischen eine landesweit einmalige Beratungs- und Präventionsstelle eröffnet hat. Deren Leiterin, Marietta Hageney, hat jetzt dem Kreistag berichtet – und kein Blatt vor den Mund genommen.

Deutschland ist ihr zufolge nämlich kein Vorbild, sondern „der Puff Europas“. 90 Prozent der Prostituierten, stammen aus Osteuropa. Marietta Hageney wurde deutlich: Dass eine junge Frau aus Rumänien die deutsche Sprache nicht mächtig ist, freiwillig an der Tür eines Bordells in Aalen klingelt und fragt, ob sie ein Zimmer mieten kann, ist ausgeschlossen. „Sie wurde geschleusst.“

In mehreren Ländern Europas ist Prostitution verboten. Für Marietta Hageney hat das nordischen Modell einen Bewusstseinswandel bewirkt. Ein Mann, der dort in den Puff gehe, gelte als Verlierer, „Frauen sind keine Ware“, stellte sie klar. Und: „Kein Mensch der Welt hat das Recht, einen anderen zu kaufen. Und sei der eine noch so arm und der andere noch so reich.“

Jutta Heim-Wenzler signalisierte die Unterstützung der CDU für die Initiative von Solwodi. Die Abkürzung steht für Solidarity with women in distress – Solidarität für Frauen in Not. Frederick Brüting (SPD) fragt sich, warum die Städte Aalen und Schwäbisch Gmünd bislang keine Vergnügungssteuer für Bordelle erheben. „Wir brauchen alle Instrumente, die wir im Instrumentenkasten haben. Gegen Zwangsprostitution und Ausbeutung.“

Sarah Ingrid Heide (Freie Wähler) forderte die Solidarität der Männer ein, „die bewusst mit ihrer Sexualität umgehen und nicht triebgesteuert ins nächste Bordell gehen“. Rolf Siedler (Grüne) wollte mehr über die Prävention wissen. Marietta Hageney informierte über geplante Besuche in Schulen und Betrieben. Cynthia Schneider (Die Linke) hätte sich gewünscht, der Kreistag wäre so mutig und würde die Kostenübernahme einstimmig beschließen.

Die Beratungs- und Geschäftsstellen wird bislang von Solwodi und der Stiftung Agnes Philippine Walter des Franziskanerinnenklosters Schwäbisch Gmünd finanziert. Landrat Pavel hatte eine Weiterfinanzierung in Aussicht gestellt. Benötigt werden rund 76 000 Euro jährlich. Pavel stellte schon mal klar: Für ein paar Euro werde es nicht zu haben sein. Der zuständige Ausschuss soll nun darüber beraten. gäss